

**Unabhängige
Wählergemeinschaft
Butzbach (UWG)**



SPD und CDU täuschen die Bevölkerung über ihre wahren Pläne in der Hallenbadfrage

Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich von den zur Zeit moderaten Tönen der SPD wie auch dem Vorschlag von Stadtrat Ruppel in der Hallenbadfrage nicht täuschen lassen.

Wenn die SPD in ihren Pressemitteilungen immer wieder betont, es gäbe für sie in der Hallenbadfrage keinen Automatismus ist dies wohl eher der Angst vor Verlust von Wählerstimmen zuzuschreiben als aus Überzeugung.

Die Fakten sprechen ganz klar eine andere Sprache.
Noch vor wenigen Wochen, in der letzten Sitzung des Bauausschusses war bereits die Umwidmung des Nicolingeländes von Garten und Landschaftsgebiet in ein Gebiet explizit für Bäder und Freizeiteinrichtungen geplant.

Lediglich dem Umstand, dass an diesem Abend SPD und CDU gegen UWG und FDP keine Mehrheit hatten, ist es zu verdanken, dass das Gelände noch nicht für ein Spaßbad umgewidmet wurde.

Die Vertreter der SPD und der CDU einigten sich in einer Sitzungsunterbrechung, infolge fehlender Mehrheit darauf, den Tagesordnungspunkt durch den BGM zurückziehen zulassen und auf eine Sitzung nach der Kommunalwahl zu verschieben.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Görlach hatte außerdem da bereits Bedenken vor der Reaktion der Bevölkerung so kurz vor der Kommunalwahl.
Er meinte, die Umwidmung die sicherlich richtig und erforderlich sei könne man vielleicht der Bevölkerung nicht transparent machen, sie könnte bereits als das Schaffen von Fakten verstanden werden.

Da hat er Recht, die Umwidmung eines Grundstücks als Bäder –und Freizeitgelände ist das Schaffen von Fakten für ein Spaßbad.

Weitere Fakten wohin nach Meinung der SPD und der CDU die Reise gehen soll, konnten in den letzten Tagen der Presse entnommen werden.

Auf dem Nicolingelände wurden Probebohrungen gemacht, eine mehrere hundertausend Euro kostende europaweite Ausschreibung wird durchgeführt und wahrscheinlich sind die Pläne zur Erschließung des Geländes für ein Spaßbad auch bereits in der Schublade.

Der Vorschlag von Stadtrat Ruppel wie auch die Phrasen der SPD „es gäbe in der Hallenbadfrage keinen Automatismus, die SPD sei offen für alle Lösungen“ sind lediglich heiße Wahlkampfluft und dienen nur dem täuschen der Bevölkerung über die wahren Absichten.

Wie ist es sonst zu erklären, dass bereits zwei Tage nach dem Vorschlag von Markus Ruppel ein Pressebericht über die europaweite Ausschreibung des Spaßbades seitens der Bäderbetriebe erfolgte. Herr Ruppel ist immerhin stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Bäderbetriebe.

War vielleicht sein Vorstoß das Hallenbad am jetzigen Standort zu belassen und lediglich zu erweitern ein Alleingang und mit der Führungsspitze der CDU wie auch mit dem Aufsichtsrat nicht abgesprochen.

Die jetzige Kommunalwahl entscheidet über den Neubau eines Spaßbades auf dem Nicolingelände mit allen daraus entstehenden negativen Folgen für unsere Stadt und die Bevölkerung.

Auch wenn es immer wieder bestritten wird, das Schrenzerbad würde einem Neubau eines Spaßbades auf dem Nicolingelände über kurz oder lang zum Opfer fallen, zugunsten von Bauplätzen für finanzkräftige Investoren auf dem Schrenzer.

Der Innenstadt würde durch den Wegfall eines Anziehungspunktes wie dem Hallenbad und auch der darin befindlichen Sauna ein weiterer schwerer Schlag versetzt, der nicht zu kompensieren sein dürfte.

Das dies für die SPD Butzbach kein Problem darstellt kann man an den Äußerungen einiger ihrer Vertreter wie:“ die Innenstadt sei doch bereits tot, da könne man sowieso nichts machen, also käme es auf das Hallenbad auch nicht mehr an“ erkennen.

Da zeigt sich das wahre Gesicht, trotz der Wahlkampfphrasen zur Stärkung der Innenstadt.

Die UWG jedenfalls bleibt bei der Hallenbadfrage standhaft und wird weiter für eine umgehende Sanierung des bestehenden Hallenbades kämpfen und damit zum Erhalt der innerstädtischen Infrastruktur beitragen.

Nur so kann dauerhaft und langfristig die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, Schulen wie auch die Schwimmvereine die Möglichkeit des Schwimmens und des Saunierens zu sozialverträglichen Preisen garantiert werden.

Nur bei einem Verbleib des Hallenbades in kommunaler Trägerschaft und nicht bei einer Profitgestürzte privatem Investor ist der Einfluss der Bürger und damit der Erhalt eines Bades gesichert.